

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen****Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit (JUMP) sinnvoll weiterentwickeln**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Das Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit wird von der Bundesregierung um ein weiteres Jahr verlängert. Damit bietet sich auch für das Land Bremen die Chance, dem Gesamtkonzept zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit einen weiteren Baustein hinzuzufügen. Um diese Chance zu nutzen, ist es jedoch notwendig, auf der Basis einer gründlichen Auswertung des bisherigen Programmverlaufs für das Bundesland Bremen neue Schwerpunkte zu entwickeln, die die vorhandenen Angebote an Jugendliche sinnvoll ergänzen. Nur wenn verhindert wird, dass das Sofortprogramm dazu führt, Jugendliche erneut in „Warteschleifen“ abzurängen oder primär dafür genutzt wird, das rückläufige Ausbildungsangebot der Wirtschaft zu kompensieren, wird es wirklich zu einem innovativen Instrument bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

Vor diesem Hintergrund bittet die Bürgerschaft (Landtag) den Senat,

den Deputationen für Arbeit und Gesundheit sowie Jugend und Soziales bis Ende dieses Jahres ein Konzept für die Verlängerung des Sofortprogrammes im Land Bremen mit folgenden Schwerpunkten vorzulegen:

1. Maßnahmen zum Nachholen von Berufsabschlüssen für an- und ungelernte Jugendliche und Erwachsene;
2. Niedrigschwellige Jugendhilfsangebote (z. B. in Cliquenprojekten oder Freizeits) zum Heranführen an Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für die Jugendlichen, die für Behörden sonst nicht erreichbar sind;
3. Maßnahmen zur Unterstützung von Mädchen, jungen Frauen und vor allem Migrantinnen bei der Vermittlung in zukunfts- und technikorientierte Ausbildungsberufe mit unterproportionalem Frauenanteil;
4. Unterstützung für behinderte Jugendliche, die bei der Suche von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen eine besondere gesellschaftliche Benachteiligung erfahren.

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat außerdem, die Träger und Einrichtungen, die im Bereich der Jugendhilfe tätig sind oder Maßnahmen für Jugendliche konzipieren könnten, rechtzeitig in die Planungen einzubinden.

Anja Stahmann,  
Zachau und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen